

## **Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Steinfurt**

### **Allgemeinverfügung zur Verlängerung der Gültigkeit der Allgemeinverfügung des Kreises Steinfurt vom 29.03.2021 hinsichtlich der Nutzung von bestimmten Angeboten auf der Basis eines tagesaktuellen bestätigten negativen Ergebnisses eines Corona-Schnell- oder Selbsttests**

Gemäß § 28 Abs. 1 S. 1 und 2 in Verbindung mit § 28a Abs. 1 Nrn. 3, 6, 7, 14 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20. Juli 2000 – in der seit dem 16.12.2020 geltenden Fassung – i.V.m. §§ 16 Abs. 1 und 2 der Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) vom 05.03.2021 in der ab dem 19.04.21 gültigen Fassung und § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW) vom 14. April 2020 in Verbindung mit § 35 S. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 in der z. Zt. geltenden Fassung sowie im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) erlässt der Kreis Steinfurt als untere Gesundheitsbehörde zur Verhütung der Weiterverbreitung und Bekämpfung von Infektionen mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 folgende

#### **Allgemeinverfügung:**

1. Abweichend von meiner Allgemeinverfügung vom 29.03.2021 zur Anordnung nach § 16 Abs. 2 der CoronaSchVO vom 05.03.2021 in der ab dem 29.03.2021 gültigen Fassung wird Ziffer 4 Satz 1 wie folgt gefasst: „Die Allgemeinverfügung tritt mit Ablauf des 26.04.2021 außer Kraft“.

Im Übrigen bleibt die oben genannte Allgemeinverfügung vom 29.03.2021 unberührt.

2. Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung i.V.m. § 28 Abs. 3 IfSG i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.
3. Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

### **Begründung:**

Am 29.03.2021 habe ich meine Allgemeinverfügung zur Anordnung nach § 16 Abs. 2 CoronaSchVO vom 05.03.2021 in der ab dem 29.03.2021 gültigen Fassung bekanntgemacht, welche mit Wirkung vom 31.03.2021 in Kraft trat. Die Allgemeinverfügung ist befristet bis zum 18.04.2021 und würde mit Ablauf des 18.04.2021 außer Kraft treten. Ohne die Fortgeltung der Allgemeinverfügung würden die Beschränkungen der Corona-Notbremse des § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 – 8 CoronaSchVO unmittelbar gelten.

Die Regelung der Ziffer 4 Satz 1 meiner Allgemeinverfügung vom 29.03.2021, wonach die Allgemeinverfügung mit Ablauf des 18.04.2021 außer Kraft tritt, wird ersetzt. Somit tritt die Allgemeinverfügung vom 29.03.2021 gem. Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung nunmehr mit Ablauf des 26.04.2021 außer Kraft.

Die Verlängerung der Gültigkeit meiner Allgemeinverfügung vom 29.03.2021 bis zum 26.04.2021 ist geeignet, erforderlich und angemessen, um die Weiterverbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) zu verhindern.

Ermächtigungsgrundlage für die Allgemeinverfügung ist § 16 Abs. 2 CoronaSchVO.

Zuständige Behörde im Sinne des § 28 Abs. 1 IfSG ist gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 1 IfSBG-NRW der Kreis Steinfurt als untere Gesundheitsbehörde, da die Anordnungen für das gesamte Gebiet des Kreises Steinfurt gelten und erforderlich sind.

Das MAGS NRW hat mit seiner Allgemeinverfügung zu Maßnahmen in Kreisen oder kreisfreien Städten nach der Corona-Notbremse gem. § 16 der CoronaSchVO vom 29.03.2021 festgestellt, dass für den Kreis Steinfurt die Voraussetzungen nach § 16

Abs. 1 S. 1 vorliegen und dass die in § 16 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 der CoronaSchVO festgelegten Einschränkungen ab dem 30.03.2021 gelten.

Diese Feststellung gilt solange fort, wie sie durch das MAGS NRW nicht aufgehoben wird. Dies erfolgt gem. § 16 Abs. 1 Satz 3 CoronaSchVO, wenn die 7-Tages-Inzidenz in dem betroffenen Kreis oder kreisfreien Stadt nach den täglichen Veröffentlichungen des Landeszentrums Gesundheit (LZG) an mindestens sieben Tagen hintereinander mit stabiler Tendenz wieder unter dem Wert von 100 liegt.

Demnach bestehen die Feststellung des Vorliegens der Voraussetzungen nach § 16 Abs. 1 CoronaSchVO für den Kreis Steinfurt seitens des MAGS NRW auch nach dem 18.04.2021 unverändert fort, da die 7-Tages-Inzidenz im Kreis Steinfurt nach den Veröffentlichungen des LZG im Kreis Steinfurt nicht für mindestens sieben Tage hintereinander wieder unter den Wert von 100 gefallen ist.

In meiner Allgemeinverfügung vom 29.03.2021 habe ich im Einvernehmen mit dem MAGS NRW festgestellt, dass es im Kreis Steinfurt ein ausreichendes, flächendeckendes und ortsnahe Angebot zur Vornahme kostenloser Bürgertestungen nach § 4a der Coronavirus-Testverordnung vom 08.03.2021 des Bundesministeriums für Gesundheit gibt und dass gemäß § 16 Abs. 2 CoronaSchVO statt der Einschränkungen nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 – 8 CoronaSchVO die Nutzung der entsprechenden Angebote von einem tagesaktuellen bestätigten negativen Ergebnis eines Schnell- oder geführten Selbsttests nach § 4 Abs. 4 CoronaSchVO abhängig ist. Diese Feststellung gilt unverändert fort.

Im Kreis Steinfurt gibt es mittlerweile 181 Teststellen, die kostenlose Bürgertests anbieten. In jeder der 24 kreisangehörigen Städte und Gemeinden gibt es mindestens 2 Teststellen. In den Teststellen wurden in der 13. Kalenderwoche insgesamt 44.454 Tests durchgeführt, von denen 168 (0,38 %) ein positives Ergebnis aufgewiesen haben.

Diese Daten belegen, dass der Kreis Steinfurt weiterhin über ein ausreichendes, flächendeckendes und ortsnahe Angebot zur Vornahme kostenloser Bürgertestungen verfügt.

Daher habe ich mich entschlossen, Ziffer 1 der Allgemeinverfügung vom 29.03.2021 zur Anordnung nach § 16 Abs. 2 CoronaSchVO vom 05.03.2021 in der ab dem 29.03.2021 gültigen Fassung zu verlängern. Zur Verlängerung der Allgemeinverfügung hat das MAGS NRW sein Einvernehmen erklärt.

Das Gesundheitsamt des Kreises Steinfurt wird die Entwicklung des Infektionsgeschehens und die Auswirkungen der angeordneten Maßnahmen im gesamten Kreisgebiet weiterhin intensiv verfolgen und bei Bedarf die Schutzmaßnahmen anpassen.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats ab Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Münster, Piusallee 38, 48147 Münster, erhoben werden. Die Klage ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Sollte die Frist durch ein Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Abs. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) eingereicht werden.

Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017.

Steinfurt, 16.04.2021



Kreis Steinfurt

Der Landrat